

Fragen des Fachpartners GGUA-Flüchtlingshilfe (<http://www.ggua.de>)

Einleitung:

Das seit dem Jahr 2000 bestehende Unterbringungskonzept für Flüchtlinge der Stadt Münster ist vorbildlich. Durch steigende Zugangszahlen ist allerdings derzeit keine Rede mehr davon, dass das Konzept funktioniert – sogar Container und Hotels müssen derzeit zur Unterbringung genutzt werden.

Frage 3:

Werden Sie sich für den Ausbau des sozialen Wohnungsbaus auch bzw. speziell für Flüchtlinge und Migranten einsetzen und den gestiegenen Zugangszahlen entsprechend auch die Betreuungs- und Beratungsstrukturen finanziell ausstatten?

Bündnis 90/ Die Grünen / GAL (Ratsherr Christoph Kattentidt)

Mit dem dezentralem Unterbringungskonzept hier in Münster kann sich die Stadt gut sehen lassen und zwar landesweit. Dafür stehen wir Grünen, wir haben das seit Anfang der 2000er immer aktiv begleitet und auch gestaltet. In Zukunft werden wir da aber mehr tun müssen. Die Ressourcen müssen erhöht werden, da wir einen leicht erhöhten Zuzug von Flüchtlingen haben. Ich sage ganz bewusst, leicht erhöht, denn ich gehe davon aus oder ich bin sicher, dass die Erhöhung keine Überforderung für die Stadt Münster darstellt, sondern dass das gut handelbar ist. Es erfordert jetzt aber neue Konzepte, neue Wege, die wir gehen werden, auch mit mehr Geld ausstatten müssen im Bereich Unterbringung, da Wohnen nun mal ein ganz zentrales Thema ist. Wohnen muss immer sozialverträglich ablaufen und kann eben nicht in großen Einrichtungen an einer Stelle sein. Darüber hinaus, neben dem Wohnen ist uns aber noch wichtig, dass die Themen Sprachförderung sowie medizinische Traumata und Bewältigung ebenfalls neu konzipiert werden. Dafür werden wir stehen.

ÖDP (Sieglinde Kersting)

Sicherlich ist es aus Sicht der ÖDP wünschenswert wenn die Flüchtlinge in bezahlbare Wohnungen ziehen können und in unsere Gemeinschaft integriert werden. Die Idee, Flüchtlinge in der Oxford-Kaserne in Gievenbeck unterzubringen, haben wir direkt nach der ersten Begehung öffentlich gemacht. Diese wird nun umgesetzt. Mit unserer Zustimmung sollte in den nächsten Jahren auch bezahlbarer Wohnraum in den leerstehenden Kasernen entstehen. Wir werden uns für eine möglichst dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen und Aussiedlern einsetzen, um eine Ghettoisierung zu vermeiden. Das Migrationsleitbild der Stadt Münster ist ein Schritt in die richtige Richtung, damit sich Toleranz zu einer gelebten Willkommenskultur entwickeln kann.

FDP (Dietmar Uhlenbrock)

Ich halte Münsters Flüchtlingskonzept nach wie vor für vorbildlich. Mit der dezentralen Unterbringung und der Begrenzung auf durchschnittlich 50 Personen pro Unterkunft hat Münster den richtigen Weg beschritten. Dass wir den jetzigen Zustrom so gut wie möglich bewältigen wollen, steht wohl parteiübergreifend außer Frage. Aber auch die Einrichtung von Unterkünften braucht Zeit. Ob und inwieweit es möglich ist, bis dahin den Belegungsschlüssel pro Einrichtung zu erhöhen oder zukünftige Container-Lösungen zeitlich nicht so eng zu begrenzen, sollte in die Überlegung einfließen. Damit ist natürlich auch eine Anpassung der Betreuungs- und Beratungsstrukturen notwendig.

DIE LINKE (Rüdiger Sagel)

Die Situation der Flüchtlinge in Münster ist mittlerweile sehr schlecht geworden. Wir haben monatlich rund 200 Flüchtlinge, die hier nach Münster zugewiesen werden. Die Situation ist aber so, dass sie kaum noch Wohnungen finden, deswegen meistens – mehr oder weniger – in Containern oder anderen sehr schlechten Einrichtungen untergebracht werden, zum Teil

„Wahl lokal 2014“ ist eine Bürgerfunk-Initiative zur Kommunalwahl 2014
des medienforum münster e. V.

www.medienforum-muenster.de



sind sie auch schon im Hotel. Wir wollen dauerhaft an dem Konzept der dezentralen Unterbringung festhalten, d. h. es müssen neue Wohnungen geschaffen werden. Die Leute müssen hier in dieser Stadt integriert werden. Wir wollen, dass Flüchtlinge und Asylbewerber in Münster auch willkommen sind und glauben, dass das auch möglich ist, in einer reichen Stadt wie Münster entsprechende Einrichtungen und Wohnungen zu schaffen.

CDU (Ratsherr Peter Wolfgarten)

Die Parteien und auch die Verwaltung der Stadt Münster haben auf die steigende Zahl der Flüchtlinge reagiert. Die in einem Moderationsprozess im Jahr 2000 festgelegten zwölf dezentralen Standorte werden, sofern bisher noch nicht geschehen, nun alle gebaut. Die im Jahr 2000 festgelegten Standards werden dabei eingehalten. Nach den Sommerferien ist beabsichtigt, einen neuen Moderationsprozess durchzuführen. In diesem Moderationsprozess werden dann neue Standorte für Flüchtlingsunterkünfte festgelegt. Ich persönlich bin davon überzeugt, dass die im Jahr 2000 vom Rat der Stadt Münster festgelegten Münster-Standards weiterhin die Grundlage für den neuen Moderationsprozess bilden werden. Um auf die steigenden Flüchtlingszahlen reagieren zu können, waren für den Übergang jedoch schnelle und flexible Lösungen notwendig. Für einen befristeten Zeitraum wurden an einzelnen Standorten in Münster Container aufgestellt. Zuletzt hat der Rat der Stadt Münster am 02.04.2014 drei weiteren Container-Standorten in Sprakel, Handorf und an der Nieberdingstraße zugestimmt. Ein Gebäude auf dem Areal der ehemaligen Oxford-Kaserne wird vorübergehend als städtische Erstaufnahmeeinrichtung hergerichtet und betrieben. Die Betreuungs- und Beratungsstrukturen wurden finanziell ausreichend ausgestattet. Die jährlichen finanziellen Aufwendungen der Stadt Münster für Personalaufwendungen und Sachkosten bewegen sich allein für diesen Beschluss im sechsstelligen Bereich.

SPD (Ratsfrau Petra Seyfferth)

Zunächst möchte ich der Aussage widersprechen, dass das Flüchtlingskonzept in Münster nicht mehr funktioniert. Es stimmt, dass z. Z. Hotels und Container genutzt werden müssen. Allerdings nur als vorübergehende Unterbringungen, die baldmöglichst beendet werden sollen. Das Unterbringungskonzept sieht vor, dass nicht mehr als 50 Flüchtlinge pro Standort untergebracht werden sollen. Daran halten wir uns auch weiterhin. Die Standorte sollen über das gesamte Stadtgebiet verteilt werden. Auch diese Vorgabe wird weiterhin beachtet. Natürlich stimmt es, dass in Münster Wohnungen im Bereich des sozialen Wohnungsbaus fehlen. Dies wirkt sich negativ auf die Situation in der Flüchtlingsunterbringung aus. Da es zurzeit in den Unterkünften ungefähr 300 Personen gibt, die aus den städtischen Wohnheimen ausziehen könnten, aber auf dem Wohnungsmarkt keine adäquaten Wohnungen finden. Deswegen setzen wir uns natürlich im Bereich des sozialen Wohnungsbaus dafür ein, dass es mehr Wohnungen gibt für diese Personengruppe. Auch Migranten und Flüchtlinge werden diese Wohnungen selbstverständlich und in jedem Fall auch nutzen können.

Piratenpartei (Sebastian Kroos)

Gut finden wir, dass die Kapazität jeweils auf 50 Plätze begrenzt ist und die Einrichtungen an bestehende Wohnbebauung dezentral platziert werden. Auch gut, dass die Standorte mit breiter Diskussion und Anhörung der Münsteraner gefunden wurden. Es geht aber nicht schnell genug. Wir Piraten werden in der nächsten Ratsperiode darauf achten, dass beim öffentlichen Wohnungsbau potentielle Unterbringungen für Flüchtlinge vorgehalten werden. Entsprechende Gebäude sollen dann nicht nur die Funktion einer Flüchtlingsunterbringung erfüllen, sondern auch als normale Wohnungen genutzt werden können. Wir wünschen uns sowieso keine isolierten Einrichtungen in Randgebieten, sondern auch welche in strukturell starken Vierteln. Die Verpflichtung, in einer Gemeinschaftsunterkunft zu wohnen, endet, wenn ein Ausländer als Asylberechtigter anerkannt ist. Allerdings ist es kaum möglich, eine

Wahl lokal Thema **Flüchtlinge**
Verschriftlichung

anderweitige Unterkunft zu finden. Auch Flüchtlinge haben aktuell mit einer schwierigen Situation auf dem Wohnungsmarkt zu kämpfen. Auch im Sinne der Flüchtlinge ist uns deshalb eine Stärkung des sozialen Wohnungsbaus wichtig. Wir wollen uns dem verstärkt zuwenden, auch, damit schneller Plätze in den bestehenden Flüchtlingsunterbringungen frei werden. Für uns Piraten ist die Unterstützung der Flüchtlinge nicht nur eine Menschenrechtsache, sondern wir sind der Ansicht, dass Migration immer auch eine Bereicherung für eine Gesellschaft darstellt. Deshalb werden wir alle notwendigen Finanzen zur Verfügung stellen.

(Die UWG konnte aus Termingründen kein Statement abgeben)

„Wahl lokal 2014“ ist eine Bürgerfunk-Initiative zur Kommunalwahl 2014
des medienforum münster e. V.

www.medienforum-muenster.de

